

Flüchtlinge dezentral unterbringen

Bl: „Runder Tisch“ und sachgerechtes Konzept für Stadt Olpe

■ Von Hartmut Poggel

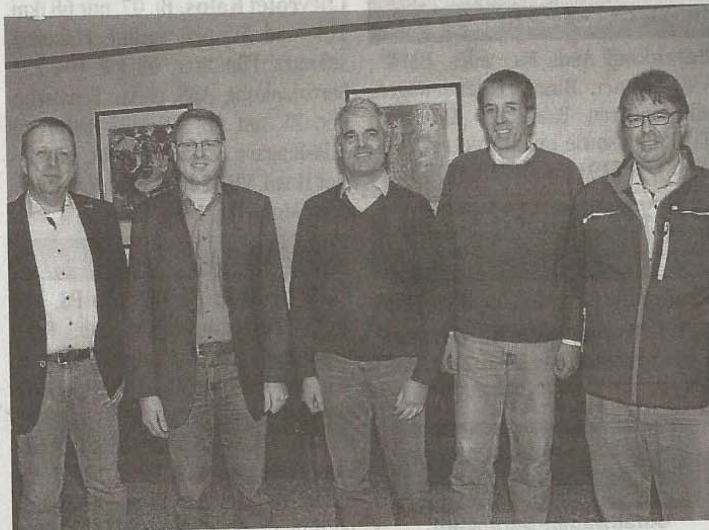
Olpe.

Die Unterbringung von Flüchtlingen stellt Bund, Länder und Gemeinden vor zum Teil große Probleme. „Massenunterkünfte sind das schlechteste Mittel der Unterbringung“, sagen die Mitglieder einer neuen Bürgerinitiative in Olpe.

Gegründet wurde die BI als Reaktion auf die Absicht der Stadtverwaltung, die ab Ende Januar leer stehende Kolping-Familienferienstätte „Regenbogenland“ anzukaufen und anschließend als sogenannte „ZUE“ (Zentrale Unterbringungs-Einheit) an das Land NRW zu verpachten.

Die BI „Humanitäre Flüchtlingspolitik in Olpe“, kurz HFO, stellte ihre Vorstellungen einer für Einwohner und Flüchtlinge angemessenen Wohnsituation am Mittwoch im „Regenbogenland“ vor.

Auf die Pläne der Stadt waren der Vorstand – Rainer Löcker, Christian Hose, Ansgar Clemens, Peter Kliche und Wolfgang Maasjost sowie die weiteren Gründer Jutta Clemens und Regine Hose – Ende November eher zufällig. Am 3. Dezember suchten sie – alle samt Anwohner – das Gespräch mit Bürgermeister Horst Müller und verließen dessen Büro „sehr erschreckt, den es ging mehr um die finanzielle Seite, weniger um



Der Vorstand der BI „Humanitäre Flüchtlingspolitik in Olpe“ (v. l.): Rainer Löcker, Christian Hose, Ansgar Clemens, Peter Kliche und Wolfgang Maasjost.

Foto: harpo

die Belange der Olper Bürger und vor allem der Flüchtlinge“, so Christian Hose in der Pressekonferenz.

Bei ihren Recherchen über vergleichbare ZUE und auch in Gesprächen mit Olper Stadtverordneten habe sich dann herausgestellt, dass sich die Olper Verwaltung offenbar überhaupt nicht über die Problematik ZUE informiert habe und über kein Flüchtlingskonzept verfüge.

Im „Regenbogenland“ würden – als Vergleich wird Hemer herangezogen – bis zu 500 Menschen auf einer für 185 Personen ausgerichteten Fläche zwischen zwei Wochen und maximal drei Monaten untergebracht. „Das bedeu-

tet, dass bis zu 11.000 Menschen regelrecht durchgeschleust werden. Wie soll da Integration gelingen?“, stellt sich die BI die Frage, „von infrastrukturellen und hygienischen Bedingungen sowie der psychischen Situation ganz zu schweigen“. Kliche: „Man muss nur einmal darüber nachdenken, was Menschen durchmachen müssen, bevor sie sich entschließen, ihre Heimat zu verlassen – und werden dann in einer ZUE zusammengepfercht.“

Auch die Auswirkungen auf beispielsweise den Tourismus, den Sport am Kreuzberg, das neue Wohn- und Geschäftszentrum am Bahnhof, auf Schulen und Kindergärten

sei in keiner Weise berücksichtigt worden. Das „Regenbogenland“ kann sich die BI als Flüchtlingshaus vorstellen, aber aufgeteilt in geschlossene Wohneinheiten.

„Wir wollen mit unserer Initiative eine vorschnelle Entscheidung des Rates verhindern; stattdessen setzen wir uns für eine dezentrale, Integration fördernde Unterbringung ein, die auch den sozialen Frieden sichert. Außerdem machen wir uns für einen ‚Runden Tisch‘ mit Stadt Olpe, Politikern, sozialen und kirchlichen Einrichtungen sowie Bürgern stark“, erläuterte Christian Hose. Dadurch ließen sich auch die Kompetenzen und Erfahrungen gerade von sozialen Organisationen und Kirchen in der Asyl- und Flüchtlingsarbeit nutzen.

Von der Stadt wünscht sich die BI „umfassende und zeitnahe Information der Bürger, transparente, ehrliche Kommunikation und eine respektvolle Behandlung der Thematik.“ Die BI will auch von sich aus – etwa in Form einer Bürgerversammlung – „sachlich und nicht emotional“ informieren, „denn das Thema geht ganz Olpe mit allen Orten und nicht nur die Anwohner an“.

Wolfgang Maasjost: „Die BI distanziert sich ausdrücklich von jeglichen fremdenfeindlichen Ansätzen.“

www.hf-olpe.de